

Rotes Kreuz - Pressespiegel

30.3.2011

14:50



Dieser Pressespiegel ist ein Produkt der APA DeFacto GmbH und dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines

Seite 3

Pflegende Angehörige unter Druck

"Kronen Zeitung" vom 30.03.2011 (Seite 33)

430.000 Österreicher beziehen Pflegegeld. Die meisten werden zu Hause versorgt. "70 Prozent der Angehörigen leiden körperlich und seelisch darunter", so Dr. ...

Seite 5

Ö1 Mittagsjournal (12:00) - Familiäre Pflege: Unzureichende staatliche Unterstützung

Ö1 Mittagsjournal vom 29.03.2011 12.00 Uhr

Arnim-Ellissen Hubert (ORF) Alte, behinderte und kranke Menschen werden in Österreich zum größten Teil von ihren Angehörigen gepflegt und nicht in ...

Seite 7

Angehörige wollen mitreden

"Salzburger Nachrichten" Nr. 74 vom 30.03.2011 (Seite 2)

Pflege. Die meisten Pflegebedürftigen werden von ihren Angehörigen versorgt. Bisher hört die Politik beim Thema Pflege nicht auf sie. Alexandra Parragh ...

Gesundheit und Soziales

Seite 9

Pflegende Angehörige: "Auch die eigene Seele leidet mit"

"Oberösterreichische Nachrichten" vom 29.03.2011 (Seite 31)

ANSFELDEN. Heute vor einem Jahr wurde die Interessensgemeinschaft (IG) pflegender Angehöriger gegründet. Margit Tischberger ist eine von ihnen. Die ...

Allgemeines

"Kronen Zeitung" vom 30.03.2011

Seite: 33

Ressort: gesund

Ktn, Wi, Abend, Stmk, Ti, Ktn, O.Ö., Bgld, Wi, N.Ö., Vbg, Wi, Sbg, M
orgen

Pflegende Angehörige unter Druck

430.000 Österreicher beziehen Pflegegeld. Die meisten werden zu Hause versorgt. "70 Prozent der Angehörigen leiden körperlich und seelisch darunter", so Dr. Katharina Pils, Chefärztin des Roten Kreuzes auf einer Pressekonferenz in Wien. Betreuer fordern einen freien Tag im Monat, an dem Fremdpflege finanziert wird.



Foto: Peter Tomsch

Welche, auch rezeptfreie, Arzneien nimmt der Apothekenkunde bereits?

Pflegende Angehörige unter Druck

430.000 Österreicher beziehen Pflegegeld. Die meisten werden zu Hause versorgt. „70 Prozent der Angehörigen leiden körperlich und seelisch darunter“, so Dr. Katharina Pils, Chefärztin des Roten Kreuzes auf einer Pressekonferenz in Wien. Betreuer fordern einen freien Tag im Monat, an dem Fremdpflege finanziert wird.

Öfter mit dem Fahrrad zum Einkaufen!

Laut einer Studie des Lebensministeriums fahren 30 Prozent der Österreicher regelmäßig Rad. Vor Fahrten zum Supermarkt schrecken viele zurück, da sie die Lebensmittel für zu schwer halten. Die Hälfte aller Einkäufe wiegt im Durchschnitt aber weniger als fünf Kilo und kann problemlos mit dem Drahtesel transportiert werden.

Derzeit Probetrieb nur mit persönlicher Zustimmung

Die neue e-Medikation soll Patientensicherheit erhöhen

Der Hausarzt verschreibt ein Medikament, der Facharzt ein weiteres, dazu werden noch rezeptfreie Arzneien eingenommen – für viele, vor allem ältere Patienten sehr verwirrend. Auch die Gefahren von unerwünschten Wechselwirkungen sind groß. Die e-Medikation soll die Situation in Zukunft verbessern.

● Brustkrebsvorsorge

Für 82 Prozent der Frauen ist das Thema „Früherkennung von Brustkrebs“ sehr wichtig – so lautet das Ergebnis einer weltweiten Online-Umfrage, an der auch 500 Österreicherinnen teilnahmen. 95 Prozent nennen ihren Gynäkologen als vertrauenswürdigste Informationsquelle.

● Lernen gegen Demenz

Wer mehrere Sprachen beherrscht und diese ein Leben lang anwendet, hat im Alter weniger Probleme mit Demenz. Bei drei ist das Risiko dreimal geringer, mit fünf und mehr Sprachen sinkt es sogar auf ein Fünftel.

Auf freiwilliger Basis startet ab 1. April die elektronische Erfassung von Medikamenten mittels der e-Card in der Apotheke. Auf der Karte werden keine Daten gespeichert.

Ab 1. April kann man sich in Apotheken registrieren lassen. Das Pilotprojekt gilt vorerst im 21. und 22. Bezirk in Wien, in Wels-Stadt, Wels-Land, Grieskirchen, Eferding (OÖ), in Reutte, Imst, Landeck (T). Eine Liste über teilnehmende Ärzte und Apotheken finden Sie unter www.chipkarte.at/e-medikation und ☎050124 3311.

VON KARIN PODOLAK

chert. Der Patient bestimmt selbst, welche seiner Präparate für ihn aufgelistet werden. Dies soll die Arzneimittel-Sicherheit erhöhen, aber auch Mehrfachverschreibungen verhindern. Vor allem chronisch Kranke und ältere Menschen bekommen oft von unterschiedlichen Stellen zahlreiche Medikamente verordnet.

Ärztchamberpräsident Dr. Walter Dorner will Zugriffsbeschränkungen.

Spinat wird in Österreich am liebsten mit Speigelei und Erdäpfel kombiniert – das ist das Ergebnis einer Konsumentenumfrage.

Gut so, meinen Ernährungsexperten: Mit dieser hochwertigen Verbindung werden dem Körper nämlich lebenswichtige Eiweißstoffe, Vitamine, Mineralien und Kohlenhydrate zugeführt. Früher wurden Eier als „Cholesterinbombe“ verteufelt. Inzwischen haben Studien gezeigt, dass bei gesunden Menschen zwei bis drei Eier pro Woche durchaus erlaubt sind.

Foto: Reinhard Holl



ERNÄHRUNG
ZEITGEMÄSS

Allgemeines

Ö1 Mittagsjournal vom 29.03.2011 12.00 Uhr

Ö1 Mittagsjournal 1200

Ö1 Mittagsjournal (12:00) - Familiäre Pflege: Unzureichende staatliche Unterstützung

Arnim-Ellissen Hubert (ORF) Alte, behinderte und kranke Menschen werden in Österreich zum größten Teil von ihren Angehörigen gepflegt und nicht in Pflegeheimen. Das zehrt an der Kraft und an den Nerven die Interessensgemeinschaft pflegender Angehöriger fordert, dass der Staat jeden zumindest einen Pflegefreien Tag pro Monat finanziert. Bernd Kohschuh informiert-

Kohschuh Bernt (ORF) Schon im Jahr 2002 hat eine Mikrostudie ergeben, dass rund 425000 Menschen in Österreich Angehörige pflegen. Seither dürfte es einen deutlichen Anstieg auf etwa 500000 gegeben haben, sagt Ulrike Schneider Leiterin des Forschungsinstituts für Altersökonomie an der Wirtschaftsuniversität. Aber auch die damaligen und bis heute aktuellsten Zahlen seien imposant.

Schneider Ulrike (Privat) Da kämen bei dieser Umrechnung dessen was alleine 2002 geleistet wurde 130000 Arbeitsplätze Vollzeit heraus und das ist mehr als wir an Beschäftigung der Alten- und Behindertenbetreuung im offiziellen Bereich.

Kohschuh Bernt (ORF) Vor allem Ehepartner, Töchter und Schwiegertöchter, also Großteils Frauen pflegen ihre Verwandten, oft trotz des enormen Arbeitsaufwands, trotz persönlicher und familiärer Spannungen, zwischen Pflegling und pflegender Person und oft Jahrzehntelang. Katharina Pils, Rot-Kreuz Chefärztin und Spitalsärztin:

Pils Katharina (SMZ Sophienspital) Wir haben jetzt eine Patientin nach Oberschenkelbruch nach Hause entlassen, eine über 80 Jährige Dame, die sich so sehr bemüht hat möglichst fit zu werden, damit sie ihre behinderte Tochter wieder pflegen kann. Diese behinderte Tochter ist weit über 50, sie kann kaum sprechen und niemand sagt, was diese Frau in den letzten 50 Jahren geleistet hat.

Kohschuh Bernt (ORF) Vielfach fehle es an Unterstützung von anderen Verwandten und auch an ausreichender finanzieller Unterstützung vom Staat. Birgit Meinhard-Schiebel, die Präsidentin der vor einem Jahr gegründeten Interessensgemeinschaft Pflegender Angehöriger fordert daher unter anderem einen gesetzlich garantierten pflegefreien Tag pro Monat für jeden Pflegenden.

Meinhard-Schiebel Birgit (IG pflegender Angehöriger) Es muss die Möglichkeit geben einen Anspruch darauf zu erheben in jedem Monat mindestens einen Tag bekomme ich eine finanzielle Unterstützung um mir für meine Auszeit eine Person holen zu können, die ich damit finanzieren kann.

Kohschuh Bernt (ORF) Zusätzlich zum Pflegegeld?

Meinhard-Schiebel Birgit (IG pflegender Angehöriger) Zusätzlich.

Kohschuh Bernt (ORF) Aber auch eine jährliche Valorisierung des Pflegegeldes wünscht sich die Interessensgemeinschaft, sowie flächendeckende Beratungsstellen für pflegende Angehörige und die Möglichkeit von Pfl egeteilzeit und Pflegekarenz. Letztere ist im Regierungsprogramm auch vorgesehen, beim Pflegegeld hingegen hat der Gesetzgeber zuletzt Sparmaßnahmen beschlossen.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen.

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.

Allgemeines

"Salzburger Nachrichten" Nr. 74 vom 30.03.2011

Seite: 2

Ressort: Innenpolitik

Von: Alexandra Parragh

Angehörige wollen mitreden

Pflege. Die meisten Pflegebedürftigen werden von ihren Angehörigen versorgt. Bisher hört die Politik beim Thema Pflege nicht auf sie.

Alexandra Parragh Wien (SN). Alle zwei Monate fährt Christa-Stella Quedzuweit zu ihrer Mutter nach Hamburg. Die 82-Jährige braucht nach einem Schlaganfall im Alltag Unterstützung. Feinmotorik, Gleichgewichtssinn und die Sprache spielen nicht mehr vollkommen mit. Das zeigt sich etwa daran, dass ihrer Mutter der Begriff für Caffè Latte nicht mehr einfällt. "Stattdessen sagt sie ‚Lattemachinsky‘ dazu, ein Begriff, den wir mittlerweile beide verwenden", erzählt Quedzuweit und lacht.

Sie ist eines von rund 200 Mitgliedern der Interessengemeinschaft (IG) pflegender Angehörige, die ihr einjähriges Bestehen feiert. Präsidentin Birgit Meinhard-Schiebel, die einst selbst ihre Adoptivmutter und deren Schwester gepflegt hatte, hat sie 2010 ins Leben gerufen. Mittlerweile hat die IG pflegender Angehöriger - außer in Vorarlberg - Regionalkoordinatoren in ganz Österreich, die sich vor Ort um die Angehörigen kümmern.

Ihr Ziel, "dass pflegende Angehörige auch als solche wahrgenommen werden", hat Meinhard-Schiebel aber auch nach einem Jahr Arbeit nicht erreicht. Und das, obwohl man davon ausgeht, dass bereits in jeder vierten Familie Pflege geleistet wird. 85 Prozent der rund 430.000 Pflegegeldbezieher, also 365.000 Menschen, werden laut Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohlfahrt (BAG) überwiegend von ihren Angehörigen, zumeist den Ehefrauen, Töchtern und Schwiegertöchtern, versorgt.

IG-Präsidentin Meinhard-Schiebel fordert also, dass pflegende Angehörige bei politischen Entscheidungen zur Pflege - wie jetzt etwa bei der geplanten Einrichtung eines Pflegefonds - miteinbezogen werden. Zurzeit ist die IG pflegender Angehöriger dank ihrer Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Roten Kreuz (ÖRK) nur indirekt in der BAG vertreten, die bei Gesetzen ihre Stellungnahme abgibt. Meinhard-Schiebel tritt aber auch für einen gesetzlichen Anspruch auf einen freien Tag pro Monat für pflegende Angehörige ein. Viele von ihnen haben derzeit "oft keinen einzigen Tag Urlaub". Außerdem will sie die jährliche Anpassung des Pflegegelds, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie die Schaffung von flächendeckenden unabhängigen Beratungsstellen in Sachen Pflege.

Solange ihre Mutter lebt, wird Christa-Stella Quedzuweit jedenfalls weiterhin alle zwei Monate nach Hamburg fahren. Öfter allerdings nicht. "Ich habe gelernt, dass man als Angehöriger sein eigenes Leben führen muss, neben dem des pflegebedürftigen Angehörigen", sagt sie.

WIZANY



Ein Störfall kommt selten allein ...

www.salzburg.com/wizany

GLOSSE

Dörfners geteiltes
Rechtsverständnis

Dass Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfner (FPK) ein eigenwilliges Rechtsverständnis hat, hat er schon mehrmals bewiesen. Zuerst als Landesrat, als er 2006 gemeinsam mit LH Jörg Haider medienwirksam zweisprachigen Ortstafeln versetzt hatte.

Was folgte, waren Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Amtsmiss-

brauchs gegen Dörfner, die aber wegen seiner fehlenden Rechtskenntnis 2009 eingestellt wurden. Damals meinte Dörfner noch: „Da müsste ja jeder Politiker Jurist sein.“

Dass er das nicht ist, hat er spätestens jetzt bewiesen: Zwar liegt wieder ein VfGH-Erkenntnis vor, das das Aufstellen von zwölf weiteren zweisprachigen Ortstafeln in Südkärnten verlangt. Das will Dörfner aber plötzlich nur mehr teilweise umsetzen. Kärnten – ein teilweiser Rechtsstaat. **par**

Pensionen:
Kommission
vor Umbau

Hundstorfer: Gremium muss „wahrscheinlich“ verkleinert werden

WIEN (SN-i.b.). Die Pensionskommission dürfte sich mit ihrer neuerlichen Nichteinigung über Reformvorschläge an die Regierung das eigene Grab geschaufelt haben. Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) erklärte am Dienstag, das 34-köpfige Gremium werde „wahrscheinlich“ verkleinert werden müssen. Auch der Seniorenrat sprach sich für eine Reform aus. Die Pensionskommission, die per Gesetz dazu verpflichtet ist, konkrete Empfehlungen zur Sicherung des Pensionssystems zu machen, ist ein gemischtes Forum aus Interessenvertretern, beamteten und unabhängigen Sachverständigen, Wirtschaftsforschern und Politikern.

Die Pensionskommission will kommenden Montag einen Abschlussbericht vorlegen. Damit er endlich eine Mehrheit findet, werden – da machen sich die Mitglieder nichts vor – die Anregungen an die Politik recht vage ausfallen. Niemand wird glücklich mit dem Bericht sein, aber auch niemand unglücklich – und jeder kann die ihm genehmen Schlüsse daraus ziehen.

Hundstorfer sagte, er werde diesen „aussagekräftigen“ Bericht nun abwarten und „alles daran setzen“, das tatsächliche Pensionsalter zu erhöhen.

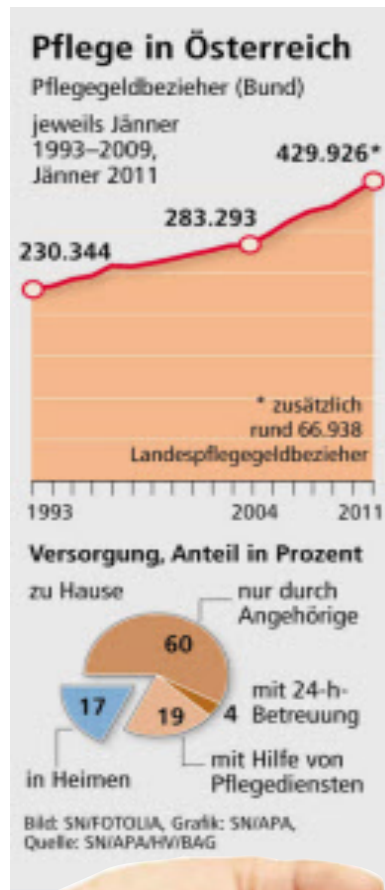
Angehörige wollen mitreden

Pflege. Die meisten Pflegebedürftigen werden von ihren Angehörigen versorgt. Bisher hört die Politik beim Thema Pflege nicht auf sie.

ALEXANDRA PARRAGH

WIEN (SN). Alle zwei Monate fährt Christa-Stella Quedzuweit zu ihrer Mutter nach Hamburg. Die 82-Jährige braucht nach einem Schlaganfall im Alltag Unterstützung. Feinmotorik, Gleichgewichtssinn und die Sprache spielen nicht mehr vollkommen mit. Das zeigt sich etwa daran, dass ihrer Mutter der Begriff für Caffè Latte nicht mehr einfällt. „Stattdessen sagt sie ‚Lattemachinsky‘ dazu, ein Begriff, den wir mittlerweile beide verwenden“, erzählt Quedzuweit und lacht.

Sie ist eines von rund 200 Mitgliedern der Interessengemeinschaft (IG) pflegender Angehörige, die ihr einjähriges Bestehen feiert. Präsidentin Birgit Meinhard-Schiebel, die einst selbst ihre Adoptivmutter und deren Schwester gepflegt hatte, hat sie 2010 ins Leben gerufen. Mittlerweile hat die IG pflegender Angehöriger – außer in Vorarlberg – Regionalkoordinatoren in



ganz Österreich, die sich vor Ort um die Angehörigen kümmern.

Ihr Ziel, „dass pflegende Angehörige auch als solche wahrgenommen werden“, hat Meinhard-Schiebel aber auch nach einem Jahr Arbeit nicht erreicht. Und das, obwohl man davon ausgeht, dass bereits in jeder vierten Familie Pflege geleistet wird. 85 Prozent der rund 430.000 Pflegegeldbezieher, also 365.000 Menschen, werden laut Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohlfahrt (BAG) überwiegend von ihren Angehörigen, zumeist den Ehefrauen, Töchtern und Schwiegertöchtern, versorgt.

IG-Präsidentin Meinhard-Schiebel fordert also, dass pflegende Angehörige bei politischen Entscheidungen zur Pflege – wie jetzt etwa bei der geplanten Einrichtung eines Pflegefonds – miteinbezogen werden. Zurzeit ist die IG pflegender Angehöriger dank ihrer Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Roten Kreuz (ÖRK) nur indirekt in der BAG vertreten, die bei Ge-



„Lernen, dass man ein eigenes Leben hat.“

C. Quedzuweit,
pflegende Angehörige

Bild: SN/ÖRK/KARL DOBNER

setzen ihre Stellungnahme abgibt. Meinhard-Schiebel tritt aber auch für einen gesetzlichen Anspruch auf einen freien Tag pro Monat für pflegende Angehörige ein. Viele von ihnen haben derzeit „oft keinen einzigen Tag Urlaub“. Außerdem will sie die jährliche Anpassung des Pflegegelds, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie die Schaffung von flächendeckenden unabhängigen Beratungsstellen in Sachen Pflege.

Solange ihre Mutter lebt, wird Christa-Stella Quedzuweit jedenfalls weiterhin alle zwei Monate nach Hamburg fahren. Öfter allerdings nicht. „Ich habe gelernt, dass man als Angehöriger sein eigenes Leben führen muss, neben dem des pflegebedürftigen Angehörigen“, sagt sie.

STANDPUNKT

Alles supersauber!



Der Persilschein, den die Justiz in der Eurofighter-Causa ausgestellt hat, ist skandalös.

ANDREAS KOLLER

Wir nehmen demütig zur Kenntnis: Der oberste Luftwaffenbeamte dieses Landes hat sich nicht strafbar gemacht, als er sich von der Eurofighter-Ges.m.b.H. eine Party um 4500 Euro sowie Golfturniere sponsern ließ.

Ebenso wenig strafbar ist der Umstand, dass die Gattin des besagten „Airchiefs“ von einem Eurofighter-Lobbyisten 87.600 Euro erhielt – aus Hilfsbereitschaft, wie es hieß.

Auch hat es nichts mit illegaler Parteienfinanzierung zu tun, dass die Gemahlin eines Jörg-Haider-Jüngers dem Eurofighter-Hersteller für die Abhaltung einer simplen Pressekonzferenz 96.000 Euro in Rechnung stellte. Und selbst der 6,6 Millionen Euro (netto!) schwere Werbeauftrag an die blau-orange Agentur des feinen Ehepaars geht völlig in Ordnung. Alles „strafrechtlich nicht rele-

vant“, hat die Staatsanwaltschaft Wien nun befunden. Keine Rede davon, dass sich hier ein internationaler Rüstungskonzern Beamte und politische Entscheidungsträger gekauft hat. Daher werden alle Verfahren eingestellt, sämtliche Konten bleiben ungeöffnet, die genannten Herrschaften spazieren mit einer supersauberen Weste durchs Land, und Österreich ist auf der Korruptionsskala wieder ein paar Plätze nach unten gerutscht.

Manche (Tierschützer!) werden selbst dann vor Gericht gezerrt, wenn die Anklage von vorn bis hinten wackelt. Andere (Politiker, Beamte, politiktunende Lobbyisten) bekommen selbst dann einen Persilschein, wenn die Sache zum Himmel stinkt. Die Heiligsprechung Karl-Heinz Grassers durch die Staatsanwaltschaft ist wohl nur noch eine Frage der Zeit. Und Ernst Strasser wird sich bereits fragen, warum er eigentlich zurückgetreten ist. Wo doch ein gewisser Grad an Bestechlichkeit hierzulande offensichtlich zur Folklore zählt.

Ihre Meinung?
www.salzburg.com/koller

Causa Eurofighter: Justiz stellt die Ermittlungen ein

WIEN (SN, APA). Das Strafverfahren gegen den im Zusammenhang mit der Eurofighter-Beschaffung suspendierten und mittlerweile pensionierten General Erich Wolf ist eingestellt. Gegen ihn war wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs, der Geschenkannahme und falscher Zeugenaussage im parlamentarischen U-Ausschuss ermittelt worden. Ein schuldhaftes und rechtswidriges Verhalten habe sich nicht mit der für ein Strafverfahren notwendigen Sicherheit nachweisen lassen, sagt der Sprecher der StA Wien. Eingestellt wurden auch die Verfahren gegen Wolfs Ehefrau, den EADS-Lobbyisten Erich Steininger und das Ehepaar Rumpold.

„Airchief“ Erich Wolf hatte im Oktober 2003 anlässlich des Eurofighter-Vertragsabschlusses unter dem Motto „Gipfelsieg“ zu einer Party in Langenlebrn geladen, deren Kosten von rund 4500 Euro

von der Eurofighter GmbH bezahlt wurden. Auch andere Veranstaltungen ließ sich Wolf vom Eurofighter-Hersteller sponsern. Die Staatsanwaltschaft Wien fand nun aber „keinen kausalen Zusammenhang zwischen den fremdfinanzierten Veranstaltungen und dem Beschaffungsvorgang zum Ankauf der Eurofighter-Kampfflugzeuge“. Ebenso fanden sich nach Ansicht der Justiz keine Beweise für ein „amtsmissbräuchliches Verhalten“ Wolfs im Zusammenhang mit den 87.600 Euro, die der EADS-Lobbyist Erhard Steininger im Dezember 2002 der Firma der Ehefrau Wolfs überwies.

Aus dem Schneider sind auch Gernot und Erika Rumpold, die einen netto 6,6 Mill. Euro schweren Vertrag mit EADS an Land gezogen hatten. Es gab keine Beweise, dass dieses Geld zum „Schmiergeld“ von Entscheidungsträgern verwendet worden sein könnte.

Gesundheit und Soziales

"Oberösterreichische Nachrichten" vom 29.03.2011

Seite: 3

1

Ressort: Oberösterreich

Pflegende Angehörige: "Auch die eigene Seele leidet mit"

ANSFELDEN. Heute vor einem Jahr wurde die Interessensgemeinschaft (IG) pflegender Angehöriger gegründet. Margit Tischberger ist eine von ihnen. Die Ansfeldnerin erzählt im OÖNachrichten-Interview, wie sie ihre Mutter pflegte - bis sie nicht mehr konnte.

Von Gerhild Niedoba

Vor drei Jahren dreht sich die Welt der diplomierten Lebens- und Sozialberaterin um 180 Grad. Über Nacht wird ihre Mutter Elisabeth (81) nach einem Schlaganfall zum Pflegefall. Daraufhin wacht Margit Tischberger sechs Monate lang am Bett ihrer Mutter, hilft ihr bei der Bewältigung des Alltags, spricht mit ihr über das Leid - und den Tod. Versucht, auf Sätze wie "Ich möchte sterben" eine Antwort zu finden.

Ein Dreivierteljahr später stirbt die Pensionistin. Nicht zuhause, sondern in einem Heim.

OÖN: Frau Tischberger, warum gaben Sie die Pflege Ihrer Mutter auf?

Tischberger: Die Umstände waren nicht mehr tragbar. Ich konnte nicht mehr. Und für eine 24-Stunden-Pflegekraft von auswärts wäre Muttis Wohnung zu klein gewesen. Sie hätte sich diese mit ihrer Mindestpension auch nicht leisten können. Dass sie ins Seniorenheim kommt, haben wir gemeinsam beschlossen.

OÖN: Womit hatten Sie in dem halben Jahr, in dem Sie Ihre Mutter zuhause gepflegt haben, am meisten zu kämpfen?

Tischberger: Mit allem, mit der körperlichen und der psychischen Belastung. Dazu ist auch noch die Tatsache gekommen, täglich zuschauen zu müssen, wie meine einst kraftvolle Mutter in sich zusammenfällt. So etwas kann die eigene Seele kaum verkraften.

OÖN: Gab es auch schöne Seiten an diesem intensiven Kontakt?

Tischberger: Absolut. Ich hab' mit meiner Mutter über alles reden können. Etwa darüber, ob sie bei ihrem Tod alleine sein möchte und wie danach alles geregelt werden soll. Das war meine Art, mit ihrem Wunsch, zu sterben, umzugehen.

OÖN: Sie wollten einen würdevollen Umgang bis zum Schluss...

Tischberger: Ja, das war mir sehr wichtig. Ich wollte meine Mutter nicht entmündigen, sie nicht als Kind sehen. Das war ein täglicher Kampf mit mir selbst. Ich rate pflegenden Angehörigen, sich zurückzuerinnern und darauf einzugehen, was dieser

Mensch früher gerne gemacht hat.

OÖN: Haben Sie als Regionalkoordinatorin der IG pflegender Angehöriger noch weitere Anregungen?

Tischberger: Unbedingt Hilfe anzunehmen, sich mit Geschwistern oder Nachbarn zusammensprechen. So kann sich eine Betroffene auch einmal Auszeit nehmen. Ihr Mann kann etwa den Rasen des Nachbarn mähen, und dieser schaut dafür ein paar Stunden auf die pflegebedürftige Mutter.

OÖN: Stichwort Finanzierung: Ist der kürzlich von Bund und Land beschlossene Pflegefonds ausreichend?

Tischberger: Dass das Paket geschnürt wurde, ist sicher gut. Es macht mich aber traurig, dass dabei wieder nur an Institutionen wie Heime gedacht wurde, aber nicht an die pflegenden Angehörigen.

Bild: Margit Tischberger: "Für die Pflege daheim fehlt Geld."

60.000 Menschen hilfsbedürftig

stichwort

Das Recht auf mindestens einen pflegefreien Tag im Monat: Das ist eine Hauptforderung der Interessensgemeinschaft pflegender Angehöriger anlässlich des heutigen Jahrestages.

In OÖ gibt es laut Rotem Kreuz etwa 70.500 Pflegegeld-Bezieher und rund 12.000 Heimplätze. Daher ist davon auszugehen, dass rund 60.000 Menschen daheim betreut werden.

Ortschef verweigert Handymast: Knapp Anklage entgangen

NEUHOFEN/Krems. Nur knapp entging Günter Engertsberger, SPÖ-Bürgermeister von Neuhofen an der Krems, der Anklagebank. Er hatte den Bau eines Handymasts verweigert und war vom Mobilfunkbetreiber wegen Amtsmissbrauchs angezeigt worden. Die Anklage war schon fix und fertig. Doch ein Richtersent verminderte einen Strafprozess.

VON ROBERT STAMMLER

Die Mobilkom Austria wollte in der Gemeinde im Bezirk Linz Land im Ortsteil von Dambach einen knapp 23 Meter hohen Handymast errichten. Seit 2006 laufen in der Gemeinde die baurechtlichen Genehmigungsverfahren. Stets legten sich die Gemeindeorgane quer, zumal die Errichtung des Handymasts von Protesten der Anrainer begleitet wurde. Die wesentlichen Argumente: Die vom Handymast ausgehenden Strahlen seien womöglich gesundheitsgefährdend, außerdem sei der Mast eine Störung des Ortsbildes.

Eine Rechtsansicht, die die Mobilkom ganz und gar nicht teilt: Gesundheitsbedenken wegen der Strahlung sei nicht Gegenstand des Baurechtsverfahrens. 2009 zeigte das Unternehmen den Ortschef wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs (Strafandrohung bis zu fünf Jahre Gefängnis) an. Denn er hätte wider besseres Wissen – so der Vorwurf – den negativen (zweitinstanzlichen) Bescheid des Ge-

meinderates nicht unterschreiben dürfen. Die Kripo begann zu ermitteln. Im Oktober 2010 stellte die Staatsanwaltschaft dem Bürgermeister die Anklageschrift zu. „Als Bürgermeister hast du die Interessen der Bürger zu vertreten, sonst brauchen dich die Leute nicht wählen“, sagt Engertsberger. „Und auf einmal werde ich eines schweren Verbrechens bezichtigt. Das ist sehr bedenklich.“

Anwalt Helm richtete einen Einspruch gegen die Anklage an das Oberlandesgericht (OLG) und bekam recht. Der Bürgermeister selbst hatte sich in der Gemeinderatssitzung seiner Stimme enthalten und den negativen Baubescheid lediglich mit seiner Unterschrift ausgefertigt.



„Auf einmal werde ich eines schweren Verbrechens bezichtigt. Das ist sehr bedenklich.“

G. ENGERTSBERGER
Bürgermeister

Entgegen der Auffassung der Staatsanwaltschaft entschied das OLG, dass sich der Bürgermeister mit der Ausfertigung des negativen Bescheides keine Straftat zuschulden habe kommen lassen. Das Strafverfahren ist damit eingestellt. Weiterhin anhängig sind aber weitere verwaltungsrechtliche Schritte der Mobilkom zur Errichtung des Handymasts.



Handymast brachte Ortschef Probleme.

(APA/privat)

Nachrichten Überblick

Tod im Brunnen

STROHEIM. Eine Frau ist gestern Abend in einen Brunnen gestürzt und ertrunken. Nach Angaben der Feuerwehr ist der Brunnen im Keller des Hauses rund 70 Zentimeter im Durchmesser und zwölf Meter tief. Die Frau – Name und Alter waren zu Redaktionsschluss noch nicht bekannt – konnte von der Feuerwehr nur mehr tot geborgen werden. Die Polizei ermittelt.

Trauer um Ernst Mielacher

GUNSKIRCHEN. Der Schnaps-, Most- und Safterzeuger Ernst Mielacher (50) erlag in der Nacht auf Montag einem Krebsleiden. Er setzte bedingungslos auf Qualität bei der Obstveredelung und erntete damit viele Erfolge.



Foto: OÖN

16-Jähriger starb an 14 Messerstichen

BADEN. Nach der tödlichen Auseinandersetzung unter Jugendlichen am Sonntag in Weigelsdorf (Bezirk Baden) wurde gestern die Befragung des tatverdächtigen 17-jährigen Georg O. abgeschlossen. Das 16-jährige Opfer Stefan S. wies 14 Stichwunden von einem Küchenmesser auf.

Wie die Obduktion ergab, waren einige Stichwunden am Rücken des Opfers. „Für uns ist die Version des Verdächtigen, er hätte Angst gehabt und in Notwehr zugestochen, daher zweifelhaft. Tödlich war ein Stich ins Herz“, sagte Oberst Ernst Schuch vom Landeskriminalamt Niederösterreich. Der Grund des Streites: Nach einem Fest soll Stefan S. ein Schaufenster beschädigt haben, worauf Georg O. die Polizei verständigte und mitteilte, dass er den Schaden nicht verursacht habe. Die Kriminalisten hatten, wie berichtet, seit Sonntag wegen des Mordverdachts ermittelt, nach diesem Delikt wird der 17-Jährige angezeigt. „Der Verdächtige wurde bereits zu uns überstellt, wir haben die Untersuchung beantragt“, sagte Erich Habitzl, Sprecher der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt. (luke)

HANDYMAST

„Strahlengefahr“ und „Ortsbildstörung“

Die Gemeinde Neuhofen hat gegen den Handymast bisher vor allem mit der Strahlengefahr argumentiert. Gehe von einem Bauwerk eine mögliche Gesundheitsgefährdung aus, dürfe nach dem oö. Bautechnikgesetz nicht gebaut werden. Das Land als Aufsichtsbehörde verwarf diese Auffassung stets. Jetzt soll die

Gemeinde neuerlich entscheiden. Die neue Argumentation: Der Mast störe das Ortsbild. Ob dieses neue Argument durchgehen wird, wird das weiterhin laufende Bauverfahren zeigen. Die Mobilkom wolle den Bau des Masts in Neuhofen jedenfalls nicht aufgeben, sagt eine Konzern-Sprecherin.

Pflegende Angehörige: „Auch die eigene Seele leidet mit“

ANSFELDEN. Heute vor einem Jahr wurde die Interessensgemeinschaft (IG) pflegender Angehöriger gegründet. Margit Tischberger ist eine von ihnen. Die Ansfeldnerin erzählt im OÖNachrichten-Interview, wie sie ihre Mutter pflegte – bis sie nicht mehr konnte.

VON GERHILD NIEDOBA

Vor drei Jahren dreht sich die Welt der diplomierten Lebens- und Sozialberaterin um 180 Grad. Über Nacht wird ihre Mutter Elisabeth (81) nach einem Schlaganfall zum Pflegefall. Daraufhin wacht Margit Tischberger sechs Monate lang am Bett ihrer Mutter, hilft ihr bei der Bewältigung des Alltags, spricht mit ihr über das Leid – und den Tod. Versucht, auf Sätze wie „Ich möchte sterben“ eine Antwort zu finden.

Ein Dreivierteljahr später stirbt die Pensionistin. Nicht zuhause, sondern in einem Heim.

OÖN: Frau Tischberger, warum gaben Sie die Pflege Ihrer Mutter auf?

TISCHBERGER: Die Umstände waren nicht mehr tragbar. Ich konnte nicht mehr. Und für eine 24-Stunden-Pflegekraft von auswärts wäre Muttis Wohnung zu klein gewesen. Sie hätte sich diese mit ihrer Mindestpension auch nicht leisten können. Dass sie ins Seniorenheim kommt, haben wir gemeinsam beschlossen.

OÖN: Womit hatten Sie in dem halben Jahr, in dem Sie Ihre Mutter zuhause gepflegt haben, am meisten zu kämpfen?

TISCHBERGER: Mit allem, mit der körperlichen und der psychischen Belastung. Dazu ist auch noch die Tatsache gekommen, täglich

zuschauen zu müssen, wie meine einst kraftvolle Mutter in sich zusammenfällt. So etwas kann die eigene Seele kaum verkraften.

OÖN: Gab es auch schöne Seiten an diesem intensiven Kontakt?

TISCHBERGER: Absolut. Ich hab' mit meiner Mutter über alles reden können. Etwa darüber, ob sie bei ihrem Tod alleine sein möchte und wie danach alles geregelt werden soll. Das war meine Art, mit ihrem Wunsch, zu sterben, umzugehen.

OÖN: Sie wollten einen würdevollen Umgang bis zum Schluss...

TISCHBERGER: Ja, das war mir sehr wichtig. Ich wollte

meine Mutter nicht entmündigen, sie nicht als Kind sehen. Das war ein täglicher Kampf mit mir selbst. Ich rate pflegenden Angehörigen, sich zurückzuerinnern und darauf einzugehen, was dieser Mensch früher gerne gemacht hat.

OÖN: Haben Sie als Regional Koordinatorin der IG pflegender Angehöriger noch weitere Anregungen?

TISCHBERGER: Unbedingt Hilfe anzunehmen, sich mit Geschwistern oder Nachbarn zusammenzureden. So kann sich eine Betroffene auch einmal Auszeit nehmen. Ihr Mann kann etwa den Rasen des Nachbarn mähen, und dieser schaut dafür ein paar Stunden auf die pflegebedürftige Mutter.

OÖN: Stichwort Finanzierung: Ist der kürzlich von Bund und Land beschlossene Pflegefonds ausreichend?

TISCHBERGER: Dass das Paket geschnürt wurde, ist sicher gut. Es macht mich aber traurig, dass dabei wieder nur an Institutionen wie Heime gedacht wurde, aber nicht an die pflegenden Angehörigen.



Margit Tischberger: „Für die Pflege daheim fehlt Geld.“

Foto: privat

STICHWORT

60.000 Menschen hilfsbedürftig

Das Recht auf mindestens einen pflegefreien Tag im Monat: Das ist eine Hauptforderung der Interessensgemeinschaft pflegender Angehöriger anlässlich des heutigen Jahrestages.

In OÖ gibt es laut Rotem Kreuz etwa 70.500 Pflegegeld-Bezieher und rund 12.000 Heimplätze. Daher ist davon auszugehen, dass rund 60.000 Menschen daheim betreut werden.